

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 34 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 20. August 1915

**Inhalt. Beitragstellung. — Menschheitsgefühl. — Unser
Verband am Schlusse des 2. Vierteljahres 1915. — Der
Konflikt in der Gewerkschaftsinternationale. — Der Krieg
darf unter keinen Umständen als „Konjunktur“ angesehen
werden. — Unsere sechste Kriegshilfsliste. — Inter-
nationales. — Kriegsfürsorge und Gewerkschaften. —
Petroleumhöchstpreise und sonstige für den Arbeiterhaushalt
wichtige Fragen. — Eine Konferenz zur Erörterung von
Fragen des Heimarbeiterschlusses. — Korrespondenzen. —
Soziales. — Adressenänderungen. — Sterbeliste. — Anzeigen.**

**Für die Woche vom 22. bis 28. August ist
der 35. Wochensatz fällig. Nur wer dem
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-
leistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle
der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus
Verbandsmitteln.**

Menschheitsgefühl.

Als wenn der tobende Krieg die Menschheit
ganz zerrissen und zerfallen hätte, so sieht es aus.
Hier Freund, hier Feind, scheint das Motto zu sein,
das über unserer Zeit steht. Und dennoch ist auch
diese Zeit der Berrissenheit nicht bar an Momenten
der Einheit, den Beweisen für ein reines Mensch-
heitsgefühl.

Das haben unsere Soldaten im Felde immer
und immer wieder erlebt. Wenn sie draußen in die
feindlichen Städte und Dörfer kommen, dann zeigen
sie die Bewohner allerdings zunächst als Feinde.
Sie sind misstrauisch und argwöhnisch und damit
unfreundlich und ungen zu Diensten und Ge-
fälligkeiten bereit. Wenn die Soldaten dann aber
einige Zeit bleiben, dann verschwindet dieses Wesen
immer mehr. Die Menschen werden immer ent-
gegenkommender und hilfsbereiter und sie gewöhnen
sich mit der Zeit oft so an ihre Mitmenschen aus
Feindesland, daß ihnen der Abschied schwer fällt
und den Frauen die Tränen in den Augen stehen.

Und was war es, das diese Menschen so anders
machte? Nun, sie fürchteten zuerst Schlechtes, aber
das Schlechte trat nicht ein. Sie sahen, daß sie es
mit guten Menschen zu tun hatten, die ihnen nicht
übel wollten, und da konnten sie nicht anders, als
ihnen entgegenzubringen. Herzlichkeit. Die
Idee des Guten war es, die den Menschen
mit dem Menschen verband.

Das zeigt uns, was die erste Voraussetzung ist
zu einem gemeinsamen Menschheitsgefühl. Gut
müssen die Menschen sein. Keine niederen Motive
dürfen das Leben leiten. Das Zusammenleben muß
aufgebaut sein auf dem Gedanken eines Zusammen-
wirkens für das gemeinsame Ganze.

Heute ist das allerdings noch nicht möglich.
Unsere Welt wird beherrscht von dem Gedanken an
das persönliche Ich. Und da entstehen Spaltungen
im Lande und zwischen den Ländern. Erst wenn
die Menschen für einen gemeinsamen hohen Zweck
leben, erst wenn sie somit gut sind, von einer
höheren Werte betrachtet, erst dann verschwin-
den die persönlichen Reibungen, erst dann sieht man
im anderen nicht den Konkurrenten, sondern den
Bruder, erst dann kann man Mensch sein. Erst wenn
das Leben frei von Egoismus wird, erst dann hält
das Menschheitsgefühl seinen Einzug in die Welt.

Und daß diese Zeit einmal kommt, das zeigt uns
die Herzlichkeit, die der feindliche Bewohner so viel-
fach dem deutschen Soldaten entgegenbringt. Wenn
jetzt, wo die Welt in Flammen steht, schon soviel
Menschheitsgefühl bei Feinden möglich ist, wieviel
Liebe wird da die kommende Welt enthalten, die auf
dem Gedanken der Einheit und des Wertewerks per-
sönlicher Gier aufgebaut ist.

Unser Verband am Schlusse des 2. Vierteljahres 1915.

Durch die Massenaufträge im Lederausrüstungs-
gewerbe, an deren Erledigung die übergroße Mehr-
zahl unserer Verbandsmittglieder beteiligt ist,
konnten wir während der Kriegszeit, bis zum
Schlusse des ersten Vierteljahres, ein ständiges
Steigen, ja ein sprunghaftes Emporschnellen der
Mitgliederziffern beobachten. Es ist daher nicht
verwunderlich, wenn mit dem Nachlassen des Be-
schäftigungsgrades sich eine rückläufige Bewegung
bemerkbar macht. Neben einer erheblichen Zahl
engerer Berufsgenossen, die eigentlich schon früher
unserem Verbands hätte angehören müssen, rekruti-
erten sich die Neuaufnahmen zumest aus den
Kreisen der sogenannten Berufsfremden. Diese
sind nun die ersten, die aus der Produktion von
Militäreffekten ausgeföhren werden, in anderen
Gewerben ihrem Verdienst nachgehen und damit
auch jedes Interesse an dem Verband der Sattler
und Portefeuillier verlieren. Dazu kommt die
ständig steigende Ziffer der zum Heeresdienst Ein-
gezogenen. Das Zusammenwirken dieser beiden
Erscheinungen, wozu noch die verminderte Arbeits-
gelegenheit in der Portefeuille- und Reiseartikel-
industrie kommt, ist nicht ohne Einfluß auf den
Mitgliederstand unseres Verbandes geblieben.
Zum erstenmal müssen wir einen Rückgang fest-
stellen. Immerhin gehörten am Schlusse des zweiten
Vierteljahres 1915 187 männliche und 899 weibliche
Mitglieder mehr unserem Verbands an wie zum
gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, trotzdem weit über
6000 Mitglieder zu den Fahnen berufen sind. An-
lässlich der Besprechung des Berichtes vom ersten
Wirtschaftsjahr konnten wir mit den Höchstziffern
— 15 109 männlichen und 2328 weiblichen Mit-
gliedern — die ja unser Verband erreicht hatte,
aufwarten. Die uns vorliegende Abrechnung vom
2. Vierteljahr weist aber nur einen Bestand von
13 713 männlichen und 1890 weiblichen auf.
Während in den ersten drei Monaten dieses Jahres
6409 Mitglieder eingetretten sind, waren es in den
folgenden Monaten April/Juni nur 2987. Dagegen
ist die Zahl der wegen weisender Beiträge Ge-
strichenen und der zum Militär Eingezogenen von
2098 auf 4768 gestiegen. Doch alles in allem ge-
nommen sprechen diese Ergebnisse von einer guten
Werberkraft unseres Verbandes, und ist nur zu
wünschen, daß die neugewonnenen Berufsgenossen
sich ihrer Organisationspflicht eingedenk sind.

Die Mitgliederbewegung hat selbstverständlich
auch den hauptsächlichsten Einnahmeposten, Bei-
tragsgelder und Wochensbeiträge, beeinflusst. Die
hier vereinnahmte Summe beläuft sich auf 91 249,90
Mark gegenüber 91 411,80 M. im 1. Vierteljahr
oder 84 679,50 M. im 2. Vierteljahr 1914. An Ro-
natsbeiträgen gingen ein 14 957,75 M. An totalen
Beiträgen wurden 18 198,09 M. gegenüber
19 246,80 M. vereinnahmt. Die Berichtserichterung
in der Arbeitsgelegenheit brachte eine Erhöhung

der zu Unterstützungen verausgabten Summen mit
sich. Es gelangten zur Auszahlung:

	Zentralkasse M.	Localkassen M.
Reiseunterstützung	25,—	6,80
Arbeitslosenunterstützung	1901,50	1213,75
Krankenunterstützung	2850,—	563,25
Wahrgelungunterstützung	101,—	12,—
Vererdigungsbeihilfe	1200,—	—
Notfallunterstützung	—	6483,30
Umzugsunterstützung	360,—	—
Sonstige Unterstützung	—	684,48
Summa	6497,50	8903,48

Die Abrechnung nicht eingekandt haben die Ver-
waltungsstellen Gabeln, Kirchen und Rothenburg
ob der Lauder.

Der Konflikt in der Gewerkschafts- internationale.

Der Tenor unseres letztwöchigen Beiratsartikels
war vornehmlich der Solidaritätsbezeugung aller
Gewerkschaften des In- und Auslandes genoinnet in
der ausgesprochenen Erwartung, daß auch die Ge-
werkschaftsleitungen des feindlichen Auslandes ihren
Grundsatzen gemäß es sich angelegen sein lassen
müßten, im Interesse des Gesamtproletariats die
Gewerkschaftsinternationale zu fördern und die ihr
durch den Weltkrieg zugefügten Schäden wieder gut-
zumachen. Diese Ausführungen haben sicherlich Wei-
fall im Kreise unserer Gewerkschaftler gefunden. Es
dürfte daher interessant sein, die Stimmung einiger
der Gewerkschaftsinternationale angehörenden Landes-
sekretariate kennen zu lernen, um zu wissen, wie sie
über die Fortführung der Geschäfte der internatio-
nalen Verbindung der Gewerkschaften denken.

Das Organ der niederländischen Fachverbände,
„De Vakbeweging“, nimmt den Protest des „Masche
Slovo“ gegen die Weigerung des Genossen Legien,
das internationale Sekretariat aus den Händen zu
geben, zum Anlaß, die ganze Geschichte der Streit-
frage zusammenzufassen. Wir geben hier die wesent-
lichen Punkte wieder:

Im Januar hatten Jouhaux und Appleton in
London eine Besprechung, worin sie zum Beschluß
kamen, die Verlegung des internationalen Sekretariats
nach Bern für notwendig zu erklären. Ob sie
einen dahingehenden Auftrag ihrer Organisationen
hatten, ist nicht bekannt. Sie wandten sich hierauf
an Compers, der zustimmte. Ob auf Grund eines
Auftrages seiner Organisation, ist der „Vakbewe-
ging“ (d. h. dem holländischen Gewerkschaftssekretär
Genossen Oudegeest, von dem diese Mitteilungen
herrühren) gleichfalls unbekannt. Vorläufig laun
man annehmen, daß bloß eine persönliche Meinungs-
äußerung vorlag. Der Beschluß wurde mit den
Hindernissen begründet, die für die Arbeiter der be-
troffenen Länder bestehen sollten, nach Berlin zu
gehen. Inbes hatte Genosse Legien schon im Novem-
ber vorigen Jahres Amsterdam als Zwischenadresse
angewiesen. Von dieser Adresse (der des hollän-
dischen Fachverbandes) ist wiederholt Klages Ge-
brauch gemacht worden, sowohl durch Belgien, Frank-
reich, England und Amerika als auch durch alle
übrigen Länder.

Compers richtete dann über Holland ein sehr
freundliches Schreiben an Legien, um seine Meinung
über den Vorschlag zu vernehmen. Legien, der aus
der Form des Schreibens schloß, daß es sich um vor-
läufige Unterhandlungen handle, die vielleicht später
zu einem Antrag führen könnten, antwortete Com-

pers am 11. April in einem Brief, worin er die An-
sicht auspricht, daß ein solcher Antrag auch einer
Konferenz der in London nicht vertretenen Landes-
zentralen vorgelegt werden müßte. Zugleich sprach
er seine Hoffnung aus, daß es dahin im Interesse
der nach dem Kriege noch mehr als vorher notwen-
digen gemeinschaftlichen solidarischen und von gegen-
seitigem Vertrauen erfüllten Arbeit nicht kommen
würde. Zum Schluß ersuchte Legien um Mitteilung,
ob ein bestimmter Antrag der Londoner Konferenz
vorliege, da dieser natürlich der Landeszentralen vor-
gelegt werden würde.

Als dieser Brief zur Besendung bereit war, er-
hielt Legien die neueste Nummer des englischen Ver-
bandsorgans „The Federationist“, worin das Schrei-
ben Appletons und Zouhair in Wompers abgedruckt
war. Dadurch hatte die Korrespondenz ihren vorberei-
tenden und freundschaftlichen Charakter verloren
und die Frage der Verlegung war, ohne daß ein be-
stimmter Antrag einer Organisation vorlag, der
Öffentlichkeit preisgegeben. Legien sandte dann am
16. April einen neuen Brief, unter Bezugung des
am 11. April geschriebenen. Er sagte darin:

„Jetzt bin ich gezwungen, erst Rücksprache mit
meinen Freunden zu nehmen. Mein Schreiben,
das am 11. hätte versandt werden sollen, gab meine
persönliche Meinung wieder. Hierüber wird jedoch
wohl einige Zeit vergehen.“

So rasch wie möglich, am 25. April, kam Legien
nach Amsterdam, um die Meinung des Genossen
Cudegeest über die Einberufung einer interna-
tionalen Konferenz zur Beschlußfassung über die
Verlegung zu hören. Legien bestand nachdrücklich
auf der Konferenz, Cudegeest widerlegte sich ihr mit
aller Kraft, da sie nur Mißverständnisse und Ent-
fremdung herbeiführen könne. Legien wollte jedoch
nicht den Schein auf sich laden, den Vertrauensposten
zu verlassen, ohne das Vertrauen der Landeszentralen
zu besitzen. Eine Verammlung des niederländischen
Verbandsvorstandes stimmte Cudegeest zu. Schließ-
lich konnten die von Legien mitgebrachten Ein-
schränkungen zur internationalen Konferenz nicht ver-
ständlich werden, indes wurde im Namen des nieder-
ländischen Verbandes am 3. Mai an Appleton ein
Schreiben gerichtet, das ihn zu einer Besprechung mit
den Holländern einlud. Der Schluß des Briefes lautete:

„Diese Angelegenheit ist in einer Sitzung un-
seres Vorstandes ausführlich besprochen worden
und auch Legien hat zum Schluß unserem Vor-
schlage zustimmend. Falls Sie nicht bereit oder
nicht zustande sein sollten, diese Besprechung ab-
zubrechen — wir hoffen, daß dem nicht so ist —
werden wir so rasch wie möglich eine interna-
tionale Konferenz auszusprechen, so zeitig, daß allen
Landeszentralen die Besichtigung möglich sein wird.“

Am 10. Mai kam die Antwort Appletons, deren
Schlußsätze lauten:

„Selbst wenn der eine oder andere Vertreter
bereit wäre, den Gefahren Trost zu bieten, wäre
es doch zwecklos, unsere Leute anzufordern, einer
solcher Konferenz zuzustimmen. Bisher ist es
möglich, beide Dinge in Deutschland oder in den
skandinavischen Ländern zu tun, in Großbritannien
und Frankreich jedoch besteht eine wirkliche demo-
kratische Kontrolle und der Versuch einer Konferenz
in der jetzigen Zeit würde eine Verletzung
des Gefühls eines Volkes sein, das
nicht allein von Abscheu erfüllt, son-
dern auch fest entschlossen ist, zu
strafen. Ich werde die betreffende Korrespon-
denz mit meinem Vorstand besprechen, bin jedoch
überzeugt, daß die Antwort im Augenblick „nein“
lauten wird.“

Jegliche Konferenz wurde also durch Appleton
abgelehnt.

Am 14. Mai wurde darauf durch Appleton ein
Schreiben an die Landeszentralen gerichtet, worin
ein Referendum über die Verlegung der Zentrale
nach Bern ausgeschrieben wurde, wo inzwischen für
ein „neutrales Personal“ gejagt werden sollte. Am
28. schrieb der holländische Vorstand eine interna-
tionale Konferenz aus, die Ende August oder An-
fang September in Amsterdam stattfinden soll.

Die an diese Mitteilungen angehängten
Schlußfolgerungen der „Bewegung“ lauten:

„Zunächst Appleton seine Haltung mit der
Demokratie vereinbaren kann, von der er spricht,
muß er selbst wissen. Zufolge dem Beschluß der
verschiedenen Konferenzen hat das Bureau seinen
Sitz in Berlin. Hieran kann nur durch eine Kon-
ferenz nach einem diesbezüglichen Antrag etwas
geändert werden. Solch ein Antrag ist aber nie
gestellt worden. Muß nun Legien, auf Verlangen
von jemand, der gerade Lust dazu hat, die Leitung,
die ihn durch die vereinigten Länder aufgetragen
ist, aus der Hand geben? Das wäre meines Er-
achtens allzu leichtfertig gehandelt und der Mann,
der so etwas täte, würde das Vertrauen nicht ver-
dienen, das so lange Jahre auf seine Umsicht und
sein Geschick gesetzt worden ist. Legien hat sich,
wie wir gezeigt haben, sofort bereit erklärt, die
nötigen organisatorischen Maßnahmen zur ersten

Behandlung von ernstem Vorschlägen zu treffen.
Dies wurde jedoch von den Engländern und Fran-
zosen abgelehnt, die keine Besprechung wünschten,
sowohl einfach, ohne jedes Mandat, befürworteten,
daß das internationale Bureau nach Bern verlegt
werden sollte. In ein Land obendrein, das ganz
von kriegsführenden Ländern umgeben ist, wäh-
rend Amsterdam von allen Seiten zu erreichen ist
und auch erreicht wird.

Wir fügen noch hinzu, daß Cudegeest am 17.
und 18. Juli auf Grund der eingelaufenen Ant-
worten der verschiedenen Länder in Berlin Be-
sprechungen abgehalten hat. Diese Antworten
lauten deartig, daß in dieser Woche an unsere
ausländischen Freunde berichtet werden wird, daß
die Konferenz nicht stattfinden wird, da man ihren
Nutzen nicht einsehend und da obendrein die An-
wort der Schweizer, bei denen das Bureau seinen
Sitz bekommen sollte, lautet, daß man dort nicht
über die notwendigen Kräfte für ein solches
Bureau verfügt und es obendrein als eine Krän-
kung für die Deutschen ansehen würde, die sich
sich selbst Opfer für die internationale Bewegung
aufzulegen haben. Wir haben den Eindruck, daß die
Schweizer die Sache besser begreifen und in dieser
Ungelegenheit demokratischer handeln als Appleton
oder das „Rajche Stowo“.

Nachschrift: Wie das B. T. W. aus Paris
meldet, haben die am 14. August in Paris weilenden
Delegierten der englischen Trade Unions mit
Mitgliedern der Confederation Generale
du Travail die Verlegung des internationalen
Gewerkschaftsbureaus von Berlin nach Bern
grundsätzlich beschlossen.

Dieser Beschluß wird aber nicht durchgeführt
werden können; erstens denkt Gen. Legien gar nicht
daran, das internationale Sekretariat unter den ob-
waltenden Umständen abzugeben, zweitens werden
die Schweizer Genossen aus den oben angegebenen
Gründen das ihnen von Engländern und Franzosen
gemachte Anerbieten gar nicht annehmen.

**„Der Krieg darf unter keinen Um-
ständen als „Konjunktur“ angesehen
werden . . .“**

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe
hat im Verfolg der Bekanntmachung vom 23. Juli
laut „Nordd. Allgem. An.“ einen Erlaß an die
Handelsvertretungen gerichtet, welcher den Zweck
verleiht, übermäßige Preissteigerungen für Gegen-
stände aller Art zurückzuhalten. Der Erlaß lautet
wie folgt:

„Die fortgesetzte Steigerung der Preise für
Gegenstände des täglichen Bedarfs trägt zur
Lebensführung und der Zufriedenheit großer
Schichten der Bevölkerung Gefahren in sich, denen
mit allem Nachdruck entgegengetreten werden muß.
Dieses Ziel verfolgt die Bekanntmachung des
Vanderrats gegen übermäßige Preissteigerung vom
23. Juli d. J. (N. 6. M. S. 467). Sie gewährt die
Möglichkeit, Gegenstände des täglichen Bedarfs, die
zur Veräußerung bestimmt sind, aber dem
Verbrauch vorzuziehen werden, dem Besitzer zu
entziehen und durch Vermittlung geeigneter Stellen
(Kommunalverbände, Konsumvereine, Handel-
treibende) zwangsweise dem Vertriebe zu einem
Preise zuzuführen, der ohne Genehmigung der
Landeszentralbehörde den Einkaufspreis um fünf
vom Hundert nicht übersteigen darf. Die Zurück-
haltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs
sowie von Gegenständen des Kriegsbedarfs wird
ferner mit empfindlichen Geld- und Freiheitsstrafen
bedroht, wenn ihr die Absicht, einen übermäßigen
Gewinn zu erzielen, zugrunde liegt. Das gleiche
gilt für alle Arten unlauterer Machenschaften, mit
denen eine Preissteigerung dieser Gegenstände be-
günstigt wird. Schließlich wird jedem Strafe ange-
droht, der für die erwähnten Gegenstände Preise
fordert, die nach Lage der Verhältnisse einen über-
mäßigen Gewinn enthalten oder solche Preise sich
oder einem anderen genähern oder versprechen läßt.
Der Geltungsbereich der Bekanntmachung vom
23. Juli dieses Jahres umfaßt in gleicher Weise die
Güterverzeugung und die Güterverteilung. Inso-
weit sich ihr Anwendungsgebiet auf Handel und
Gewerbe erstreckt, lege ich den Handelskammern
und den kaufmännischen Korporationen als den
gesetzlich berufenen Vertretungen dieser Erwerbs-
stände ans Herz, sich in den Dienst der Bestrebungen
zu stellen, die mit der Bekanntmachung verfolgt
werden. So bereitwillig die Volksgemeinschaft die ihr
durch den harten und langdauernden Krieg auf-
erlegten wirtschaftlichen Opfer auf sich genommen
hat und täglich von neuem auf sich nimmt, so müssen
diese Opfer doch auf das durch das Gemeinwohl
Gebotene beschränkt werden. Insbesondere muß
mit allen Mitteln danach getrebt werden, unter
Ausnutzung unnötig hoher Zwischengehände die
Aufwendungen für den notwendigen Lebensunter-
halt in Grenzen zu halten, die auch den weniger

bemittelten Kreisen der Bevölkerung das Durch-
halten erleichtern. Hierzu können Handel und Ge-
werbe wesentlich beitragen, wenn sie sich unter
Zurückstellung ihrer reinen Erwerbsinteressen vor
allem als im Dienste der Allgemeinheit lebend be-
trachten. In einem Kriege, in dem das einmütige
Zusammenwirken aller in der Nation lebenden
Kräfte die Voraussetzung des Erfolges ist, muß auch
im wirtschaftlichen Leben die Rücksicht auf den
eigenen Vorteil, die unter gewöhnlichen Verhält-
nissen eine der wirksamsten Triebfedern der Ent-
wicklung bildet, zurücktreten. Der Krieg darf unter
keinen Umständen als „Konjunktur“ angesehen
werden, aus der der größtmögliche Gewinn heraus-
geholt ist. Vielmehr ist es vaterländische Pflicht,
besonders bei Gegenständen des täglichen Bedarfs,
sich mit Gewinnen zu begnügen, die neben ange-
messener Lebensführung des Unternehmers und
seiner Familie den Fortbestand des Unternehmens
sicherstellen. Von der Art, wie Handel und Gewerbe
diese sich aus der Kriegslage ergebenden vater-
ländischen Pflichten erfüllen, wird auf lange Zeit
hinaus die Würdigung dieser Berufsstände in
Deutschland und der Einfluss, den sie auf unser
öffentliches Leben ausüben werden, abhängen. Ich
hege die Zuversicht, daß die Handelsvertretungen,
sowie an ihnen liegt, im Sinne der obigen Anschau-
ungen auf die von ihnen vertretenen Kreise ein-
zuwirken und diese zu einem Verhalten bewegen
werden, das in gleicher Weise ihrem Ansehen wie den
vaterländischen Interessen entspricht und die An-
wendung der Zwangs- und Strafbestimmungen der
Bekanntmachung vom 23. Juli entbehrlich macht.“

Unsere sechste Kriegstatistik.

Der Aufnahmetag für unsere sechste Kriegs-
statistik fällt mit dem Ablauf des ersten Kriegsjahrs
zusammen, und lassen die jeweilige veranfaßten
Erhebungen in Gemeinschaft mit den Vierteljahrs-
abrechnungen unseres Verbandes einigermassen die
Wirkungen des Krieges auf unsern Verband erkennen.

Von der sechsten Erhebung, am 31. Juli,
wurden 13 602 männliche und 2116 weibliche Mit-
glieder erfasst. Wie schon in der Besprechung des
Berichts vom 2. Vierteljahr bemerkt, ist der Mit-
gliederbestand gegenüber den letzten drei Monaten
zurückgegangen. Diese Tendenz zeigt sich auch
während des Monats Juli bei den monatlichen Mit-
gliederern, indem hier eine weitere Abnahme von 51
zu verzeichnen ist. Dagegen ist die Zahl der weib-
lichen um 217 gestiegen, ein Beweis, daß die
Frauenarbeit im neuen Jahresbeginn begriffen ist.
Seit der ersten Kriegstatistik am 28. August 1914
hat sich die Zahl der männlichen Mitglieder von
9661 auf 13 602, die der weiblichen von 978 auf 2116
erhöht. Zum Kriegsdienst eingezogen wurden 7092,
darunter 3669 Ledige, gemeldet. Das dürften es
einige Hundert mehr sein, die es verümt haben,
sich ordnungsgemäß abzumelden und darum nun
unter den Ausgeschlossenen gebucht werden müssen.
Der Beschäftigungsgrad der Mitglieder kann
immerhin als zufriedenstellend bezeichnet werden.
Neben 13 172 männlichen und 1945 weiblichen voll-
beschäftigten Mitgliedern wurden 152 bzw. 139 Ar-
beitslose gezählt. 237 Mitglieder arbeiteten ver-
zögert, 119 bzw. 32 waren krank.

Aus der nachstehenden Übersicht ist der Stand
unserer Organisation während des Krieges bis zum
31. Juli 1915 am besten zu erkennen, um so mehr,
als wir gleichzeitig die Ergebnisse der fünf voraus-
gegangenen Erhebungen mit veröffentlichen.

Ort	Mit- glieder- zahl		In Arbeits- leben		Ar- beits- los		Arant verloren	Unter- stütz- ung durch die Genossin- nen	Aus- geschl. Gesamtl.	Krank- heiten	Zum Wahlst. eingezogen
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich					
Berlin	4855	800	4817	786	91	14	17	18	5	—	1639
Wien	3239	938	3239	938	—	—	—	—	—	—	559
Wetzlar	1423	130	1418	130	—	—	—	—	—	—	237
Wetzlar	308	38	301	38	—	—	—	—	—	—	342
Somburg	380	19	387	19	—	—	—	—	—	—	1206
Beipole	2191	229	2155	230	28	6	13	2	5	—	285
Altenberg	426	112	362	263	34	40	9	13	—	—	3022
Offenbach	3676	326	3698	276	66	61	45	12	7	—	902
Stuttgart	1039	233	1014	241	—	—	—	—	—	—	—
Kauf der Halle	1374	79	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	219	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31. Juli 15	13602	2116	13172	1945	152	136	119	92	46	21	7092
30. April 15	15247	2386	14786	2137	213	177	94	24	61	54	6400
30. Jan. 15	13268	1891	12400	187	89	111	109	22	10	47	2251
2. Febr. 14	11776	1048	11648	517	126	170	110	17	38	63	3888
26. Septbr. 14	11062	968	9094	677	183	126	126	26	67	297	3160
24. August 14	9961	978	8983	697	242	162	—	—	—	—	2180

Die in dieser Tabelle enthaltenen Zahlen bedeuten die Mitglieder-
zahlen vom 30. Juni 1914.

Internationales.

Amerika liefert nicht nur Waffen, sondern auch Sattlerwaren an unsere Gegner. Wir finden in der letzten Nummer des Organs unserer amerikanischen Bruderorganisation folgende Angaben:

Während in den ersten acht Monaten des Jahres 1914 der Wert der exportierten Sattlerwaren 435 491 Dollar betrug, stieg er in den ersten acht Monaten 1915 (das muß ein Druckfehler sein, denn wir sind erst im achten Monat) auf 993 458 Dollar. Die Ausfuhr an Leder und Lederwaren betrug während derselben Zeit des Jahres 1914 37 581 381 Dollar gegen 69 816 783 Dollar in 1915. Besonders interessant ist die Gegenüberstellung für den Monat Februar. Im Februar 1914 wurden für 55 534 Dollar, dagegen im Februar 1915 für 3 807 856 Dollar Sattlerwaren ausgeführt.

Kriegsfürsorge und Gewerkschaften.

Seit Ausbruch des Krieges haben es sich die freien Gewerkschaften angelegen sein lassen, überall da tatkräftig mitzuwirken, wo es galt, durch den Krieg hervorgerufene Nöte zu beseitigen oder mindestens zu lindern. Wo Kriegsfürsorgeorganisationen entstanden, stets haben Gewerkschaftler nach besten Kräften mitgewirkt. Nichts war und ist also selbstverständlich, daß sie sich auch an der im Königreich Sachsen durch das Ministerium des Innern gegründeten Stiftung „Heimatdank“ beteiligten, die nach § 1 der Satzung den Zweck hat, die reichsgehehlte Versorgung der Kriegsinvaliden durch soziale Fürsorge zu ergänzen und bei der gleichen Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen als Organ der Nationalstiftung mitzuwirken. Politische und konfessionelle Gesichtspunkte scheiden nach § 6 aus der Arbeit der Stiftung aus und insbesondere findet bei der Verwendung der Mittel oder bei Berufung zu den Organen der Stiftung kein Unterschied nach der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder einem Glaubensbekenntnis statt. Das Stammvermögen soll durch eine öffentliche Sammlung aufgebracht werden; es ist ungeschmälert und minderbefrei anzulegen und wird durch spätere Zuwendungen eventuell erhöht. Nach 40 Jahren kann die Hälfte des Stammvermögens zu den Zwecken der Stiftung unmittelbar verwendet werden; die zweite Hälfte ist auch dann ungeschmälert zu erhalten und nach vollständiger Erledigung des Stiftungszweckes durch das Ministerium des Innern für ähnliche künftige Zwecke sicherzustellen.

Jede gewerkschaftliche Organisation sowie jedes Gewerkschaftsmitglied kann durch Leistung eines verhältnismäßig geringen Beitrages die Mitgliedschaft dieser anerkanntwertigen Stiftung erwerben. Soweit wir erfahren haben, ist dies schon vielfach geschehen und haben die Gewerkschaftsmitglie in Sachsen sich zur Mitarbeit bereit erklärt.

Diese auch im Interesse unserer Gewerkschaftsfolgen gelegene Pflichterfüllung hat in offiziellen Parteitreffen Sachsens Mißbilligung gefunden, die so weit ging, daß man in Sitzungen des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände folgenden Beschluß faßte:

Führenden Genossen wird empfohlen, vor Unterstützung solcher Einrichtungen Rücksprache mit der sozialdemokratischen Partei Sachsens zu nehmen. Genossen, die Ämter bekleiden, die sie der Organisation verdanken, dürfen sich ohne Zustimmung der Partei auch als Privatleute nicht für derartige Einrichtungen engagieren.

Wenn die Sozialdemokratie Sachsens mit diesem Beschluß und der Ansicht, die Mittel für diese Kriegsschicksaligenfürsorge auch aus Gemeinmitteln verweigern zu wollen, sich außerhalb der sächsischen Kriegsfürsorge stellt, so ist das ihre eigene Angelegenheit, in die wir nicht hineinreden wollen. Aber ebenj müssen wir uns von ihr ganz energisch verbitten, sich in rein gewerkschaftliche Angelegenheiten zu mischen oder gar den Gewerkschaften über ihr Tun und Lassen irgendwelche Vorschriften zu machen. Da vielfach Gewerkschaftsfunktionäre auch Parteimitglieder sind, ist es eine mehr wie starke Zumutung an sie, sich erst von der sozialdemokratischen Partei genehmigen zu lassen, ob sie ihrer gewerkschaftlichen Verpflichtung auch nachkommen dürfen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die Erwartung aussprechen, kein Gewerkschaftler, der ein Parteimitglied bekleidet, wird sich von dem oben zitierten Beschluß beeinflussen lassen, sondern jeder wird tatkräftig zum Wohl der Kriegsschicksaligen mitarbeiten und gegebenenfalls die Injanzien der Partei anrufen, die den Standpunkt der Sozialdemokratie Sachsens nicht billigen kann. Mit Recht betont das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“:

Die Fragen der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung sind aber ausschließlich ge-

werkschaftliche Fragen und hier kann gar nicht einem Zweige der Partei das Recht zugestanden werden, die Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Interessen durch derartige Beschlüsse zu jähren.

Wir pflichten der „Holzarbeiter-Zeitung“ völlig bei, wenn sie schreibt:

„Selbstverständlich kann gar keine Rede davon sein, daß die Stellungnahme der Gewerkschaften durch den Parteibeisatz irgendwie geändert werden könnte. Der Alles-oder-nichts-Radikalismus, der in der Partei zuweilen die sonderbarsten Blüten treibt, hat in den Gewerkschaften keinen Platz. Wir würden es für eine schwere Verjüngung an den uns anvertrauten Arbeiterinteressen halten, wenn wir nicht alles versucht hätten, auch bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Vertretung der Arbeiter durchzuführen. Wir können uns nicht damit begnügen, irgendeine wortreiche Resolution zu fassen, durch einen Beschluß festzustellen, daß dies und jenes die Aufgabe des Reiches sei, um uns nach solcher Straßleistung befriedigt ins Bett zu legen. Von uns wird praktische Arbeit verlangt.“

Wir richten deshalb an unsere Funktionäre in den sächsischen Bezirken die ausdrückliche Aufforderung, im Sinne der vorstehenden Ausführungen jede Möglichkeit zu benützen, Einfluß innerhalb der Einrichtungen, die für die Kriegsschicksaligenfürsorge geschaffen sind, zu suchen und selbstverständlich dabei mitzuwirken, wo sich die Gelegenheit bietet. Wenn diese Tätigkeit in Sachen zu neuen Konflikten in der Arbeiterbewegung führen sollte, so fällt die Verantwortung ausschließlich auf die dortige Parteileitung.“

Petroleumhöchstpreise und sonstige für den Arbeiterhaushalt wichtige Fragen.

Der Bundesrat hat Höchstpreise für Petroleum festgesetzt, die vom 15. Juli ab Geltung haben. Das Liter Petroleum darf danach im Kleinhandel, beim Verkauf von weniger als 100 Kilogramm, nicht mehr als 32 Pf. betragen, wenn der Käufer die Ware abholt und nicht mehr als 34 Pf., wenn die Ware ins Haus gebracht wird.

Als die Arbeiterfrauen dies lasen, werden sie aufgetaumelt haben, weil sie vor dem 15. Juli 70 Pf. und mehr für ein Liter Petroleum zahlen mußten. Jetzt, wo die Tage kürzer werden, spielt die Beleuchtungsfrage im Haushalt wieder eine größere Rolle und der Preisunterchied von 70 auf 32 Pf. ebenfalls.

Aber wird man denn überhaupt genügend Petroleum bekommen oder wird es uns wieder so gehen wie im letzten Winter, wo die einzelnen Familien nur alle 14 Tage und später nur alle drei Wochen einen einzigen Liter und oftmals auch dies Quantum noch nicht einmal erhalten konnten? Diese Frage werden wohl viele Familien stellen, die im vorigen Winter abends im Dunkeln sitzen mußten, weil kein Petroleum zu haben war, und Vögel waren ebenfalls knapp. Die Zeiten waren böse. Besonders hatten darunter die Arbeiterfamilien zu leiden. Für sie bildet Petroleumlicht zum großen Teil die Beleuchtung für die Wohnung und für viele auch Beleuchtung für die Arbeit. Kleinhandwerker, Heimarbeiterinnen und Hausfrauen, die erwerbsfähig sein müssen und vor und nach der Erwerbsarbeit Wirtschaft und Hausarbeiten zu erledigen haben, hatten am meisten unter der Petroleumnot zu leiden.

Nun ist man heutzutage nicht mehr auf das Petroleum bei der Beleuchtung angewiesen. Gas und Elektrizität geben ein viel besseres Licht, das nicht einmal teurer ist. Dabei ist die Handhabung viel einfacher und sauberer als die Verwendung von Petroleum. Dennoch müssen namentlich Arbeiterfamilien vielfach darauf verzichten, Gas und Elektrizität als Beleuchtungsmittel überhaupt verwenden zu können, weil nämlich die Anlagen dazu in den Arbeiterwohnungen gar nicht vorhanden sind.

Anlagen für Gasverwendung hat heutzutage wohl schon jeder Ort und die Arbeiterkategorien haben auch Gelegenheit zur Verwendung der Elektrizität zu allen möglichen Zwecken in viele Dörfer gelegt. Die Großstädte sind ausnahmslos mit beiden versorgt.

Die Kriegszeit mit ihrer Petroleumknappheit hat ja nun vielfach dazu geführt, auch einen Teil dieser Wohnungen mit Gas- oder elektrischem Lichtanlagen zu versehen. Trotzdem fehlen sie noch immer gerade in Arbeiterwohnungen, weil die Hauswirte für diese nicht gern die Ausgaben für Lichtanlagen machen — jetzt auch in vielen Fällen wohl kein Geld dazu haben — und weil es den Arbeiterfamilien in der gegenwärtigen Zeit noch schwerer möglich ist als sonst schon, sich passende Beleuchtungsörper zu kaufen. Die Gasautomatengesellschaften erleichtern

diese Anschaffungen ja erheblich. Für die Beschaffung elektrischer Wohnungsbeleuchtung sind derartige Institute aber wohl überhaupt nicht vorhanden.

So hat also gerade die Bevölkerungssicht unter der Petroleumknappheit und Petroleumknappheit zu leiden gehabt, der dieses Beleuchtungsmittel nicht nur die Wohnräume in den Abend- und Morgenstunden des langen Winters erhellen muß, sondern die dieses Licht brauchen, um Erwerbsarbeit zu verrichten. Heimarbeiterinnen und Kleinhandwerksmeister wohnen außerdem oftmals in Hinterhäusern, wo es früh dunkel und manchmal niemals recht hell wird und wo Lichtmangel gleichzeitig eine Einbuße am Verdienst bedeutet. Hoffen wir, daß diese Zustände für den kommenden Winter sich nicht wiederholen.

Die Erfahrungen des letzten Winters haben aber dazu geführt, in den Gemeindeverwaltungen mit größerem Nachdruck darauf zu dringen, der Beleuchtungsfrage größere Beachtung seitens der Kommunen zu schenken. Es muß danach gestrebt werden, die Anwendbarkeit bequemer Beleuchtungsmittel nicht mehr vom Geldbeutel abhängig zu machen. Selbst auf die Gefahr hin, daß den Kommunen dadurch größere Kosten entstehen, die durch Steuern gedeckt werden müssen, die dadurch eventuell entstehenden Mehrkosten können auf keinen Fall so groß sein, daß sie bei der Verteilung auf alle Schultern des Gemeinwesens überhaupt nennenswert in Frage kommen. Es ist Pflicht der Gemeinden, dahin zu wirken, daß Erwerbslosen Bequemlichkeiten und Vorteile verschaffen können, auch der arbeitenden Bevölkerung dienstbar gemacht werden.

Dazu gehören aber nicht nur Gas und Elektrizität als Beleuchtungsmittel, sondern auch noch eine ganze Reihe anderer Dinge, auf die der Arbeiterhaushalt verzichten muß und gerade ganz besonders gebrauchen könnte, weil hier Zeit Geld bedeutet. In neuen Häusern mit größeren Wohnungen gibt es jetzt fast ausnahmslos — wenigstens in größeren Städten — Warmwasserheizung, Zentralheizung und vielfach auch schon Staubentfernung durch Vakuumfänger. Wie würde sich die Arbeiterkassen, die die Stube voll Kinder hat und alles allein machen muß oder die für Brot arbeiten und daneben die Hauslichkeit und die Kinder zu versorgen hat, freuen, wenn sie nicht mehr die Zeit mit Feuermachen und Ofenabwarten veräußen müßte und doch eine warme Wohnung und immer warmes Wasser hätte, was in der Wirtschaft stets so nötig gebraucht wird. Jetzt gehört immer Zeit zu diesen Dingen und umsonst sind sie auch nicht zu haben. Wohnungen mit Zentralheizung und Warmwasserheizung gibt es für Arbeiterfamilien aber nur sehr selten und wo sie zu haben sind, sind sie unverhältnismäßig teuer. Die Hauswirte wollen an diesen Dingen eben meist noch besonders verdienen.

Staubaufsaugungsapparate gibt es in Häusern mit kleinen Wohnungen aber wohl überhaupt noch nicht. Auch das ist bedauerlich. Nicht nur wegen der Zeitveräußerung, die die Staubentfernung mit Wischtuch und Besen erfordert, sondern weil sie Gesundheitsgefahren im Gefolge hat. Da nun in kleinen Wohnungen, wo die Sachen eng aufeinanderstehen, die Staubentwässerung besonders groß ist, wäre gerade in Arbeiterwohnungen die Anwendung von Saugapparaten zur Staubentfernung besonders nötig. Sie ist aber mit größeren Kosten verknüpft und außerdem, wie schon erwähnt, für Arbeiterwohnungen überhaupt heute noch nicht möglich, weil für Häuser mit kleinen Wohnungen keine Apparate angeschafft werden.

So müssen sich denn die Arbeiterfamilien mit der alten Art der Staubentfernung begnügen, die eine gründliche Reinigung nie ermöglicht, bei der aber sehr viel Staub der Lungen zugeführt wird. Selbst das ölgetränkte Staubloch, das jetzt vielfach zur Anwendung kommt und das gegenüber dem trockenen sehr viele Vorteile aufweist, vermag den Vakuumfänger nicht zu ersetzen, der den Staub nicht umherwirbelt, sondern ihn wirklich entfernt, weil er ihn aufsaugt.

Wenn die Einführung dieser die Verhältnisse der Arbeiterkassen wesentlich beeinflussenden Hilfsmittel der privaten Initiative überlassen bleibt, werden die Arbeiterfamilien noch recht lange darauf warten müssen; denn diese rechnet auf privaten Vorteil und deshalb sind der Arbeiterkassen solche Einrichtungen so kostspielig. Auch hier könnte die gemeindliche Fürsorge Zweckmäßiges leisten, ohne daß der einzelne zu stark belastet wird.

Immerhin, eine Gefahr bleibt letzten Endes jede Bequemlichkeit und Beaglichkeit in der Haushaltung und je mehr die Arbeiterkassen dazu kommt, durch ihre Organisationen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, desto eher wird es ihr möglich sein, dahin zu wirken, Beaglichkeit und gesundheitliche Einrichtungen auch in den Arbeiterwohnungen einzuführen zu sehen.

Eine Konferenz zur Erörterung von Fragen des Heimarbeiterschutzes

fand am 3. August in Berlin auf Einladung der Ausstellungsstelle für Heimarbeitreform, Berlin, Nollendorfsstraße 29/30, statt, an der Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, des Bureaus für Sozialpolitik, der Gesellschaft für Soziale Reform und des Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinteressen teilnahmen. Den Vorsitz führte Professor Franke-Berlin. Die Verhältnisse in der Heimarbeit weisen in letzter Zeit eine erhebliche Verschlechterung auf und auch die Zukunftsaussichten sind nicht minder traurig. Trotz der allgemeinen Teuerung sind die Löhne in der Heimarbeit gleich geblieben, wo nicht gar sinken. Namentlich die zahlreichen Frauen und Witwen der Kriegsteilnehmer und die Kriegsbeschädigten, die einen gewissen Rückhalt an ihrer Rente haben, drücken mit ihrem billigen Arbeitsangebot auf die Löhne. Angesichts der starken Vermehrung der Heimarbeit im Kriege und ihrer missigen Lage erscheint ein kräftiges Eingreifen der maßgebenden Behörden dringend geboten. Sind doch heute fast 3/4 Jahr nach Inkrafttreten des Hausarbeitsgesetzes die wichtigsten Bestimmungen desselben aus Mangel an Ausführungsverordnungen des Bundesrats nicht in Tätigkeit. Weder sind die dort vorgesehenen Lohnbücher und Lohnlisten in Kraft gesetzt, noch ist auch nur ein einziger Nachausgleich erteilt. Die Forderung, nun endlich das auszuführen, was vor Jahren die gesetzgebenden Körperschaften beschlossen haben, ist durchaus berechtigt. Allerdings enthalten die Nachausweise nicht das, was allein wirksam das Elend in der Heimarbeit steuern kann. Die Vereinigung der Löhne rechtsverbindlich festzusetzen und ihre Nachvollkommenheiten sind nur sehr gering, wesentlich begünstigender Natur; aber wenigstens diese beschiedenen Möglichkeiten sollten genutzt werden. Scharfen Widerspruch erregten die Ausführungsverordnungen zu dem Nachausweisen, durch die eine Vertretung der Heimarbeiter durch Arbeitersekretäre so gut wie ausgeschlossen ist. Es wurde festgestellt, daß diese Verordnung im Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung vom November 1911 steht, in der ausdrücklich eine weitestgehende Auslegung versprochen war. Die Frage der Mitwirkung der Arbeitersekretäre bei allen Arbeiterangelegenheiten ist durch den Krieg grundtätig erledigt; sie sind ein unentbehrlicher Faktor der Durchführung von Arbeiterdurchsetzungen.

So dann wurde die Frage der Heimarbeitelöhne bei öffentlichen Lieferungen erörtert. Die mannigfachen und anerkanntswerten Bemühungen, namentlich der Militärbehörden, dem Lohnwucher auf diesem Gebiet entgegenzutreten, werden vielfach leider durchkreuzt durch die zahlreichen Zwischenpersonen, die sich zwischen den die Lieferung übernehmenden Unternehmern und den Heimarbeitern schieben, durch die Unkenntnis der Heimarbeiter und den Mangel an Öffentlichkeit der Löhne. So finden sich an denselben Orten Lohnverschiedenheiten von 100 Proz. und mehr. Die in manchen Lieferungsverträgen aufgenommene Formel, daß die „ortsüblichen“ oder „anständigen“ Löhne gezahlt werden sollen, ist in der Heimarbeit so gut wie wirkungslos. Notwendig ist eine genaue Festlegung der Stücklöhne und Veröffentlichung derselben durch Aushang in den Räumen, wo Heimarbeit ausgegeben und angenommen wird. Nur wenn der Heimarbeiter genau weiß, was er zu fordern hat, wird die Absicht, ihm zu anständigen Löhnen zu verhelfen, verwirklicht werden. Auch wurde die Ausbeutung des Lohnschutzes auf die nicht bestellte, sondern gekaufte Ware gefordert. So wurde von dem Vertreter des Tabakarbeiterverbandes darauf hingewiesen, daß in der Tabakindustrie die Heeresverwaltung die Ware nicht bestellt, sondern fertig kauft.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, der Bekämpfung von schwindelhaften Angeboten von Heimarbeit und schwindelhaften Unterrichtskursen wurde eine ausgedehnte Agitation in der Öffentlichkeit vorgeschlagen. Zur Ausarbeitung und weiteren Vertretung der in der Konferenz mit großer Einmütigkeit beschlossenen Forderungen zum Schutz der Heimarbeiter wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt.

Korrespondenzen.

Hartenstein im Ergolz. (E. 13. 8.) Am Donnerstag, den 5. August, fand im „Hotel Ratskeller“ eine Versammlung der Militäreffektuarbeiter statt, welche auch von unseren Niederhämmer Kollegen besucht war. Gauleiter Busch referierte über: „Militärarbeit und Reichstaxivertrag“. Redner schilderte die Zustände in der Heeres-Leberausstattungsindustrie und die Schaffung des Reichstaxi-Vertrages. Bezüglich der Verhältnisse in Hartenstein sagte er: Wir sind hier nicht bekommen, um der Einwohnerchaft die Militärarbeit unmöglich zu machen.

Unsere Aufgabe besteht darin, daß die Arbeiter, die Militärarbeiten anfertigen, nach den Sätzen des Reichstaxi-Vertrages bezahlt werden. Es ist eine Benachteiligung der Arbeiter, wenn für Feldbläshen-Riemengestelle pro Stück statt 21,6 Pf. Tariflohn in Hartenstein nur 8 Pf. bezahlt werden. Die Heeresverwaltung zahlt den Unternehmern annehmbare Preise. Die Differenz im Arbeitslohn stecken die Fabrikanten unberechtigt in die Tasche. Wo 2000 Feldbläshen-Riemengestelle pro Tag in Hartenstein angefertigt werden, macht das täglich 272 M. an Arbeitslohn, was die Arbeiter zu wenig bekommen. Leider werden auch Kinder auf diese Arbeit beschäftigt. Man soll doch den Arbeitern nicht weismachen, daß es Notstandsarbeiten sind. Diese Ausstattungsgegenstände sind notwendig für unsere Truppen, die uns Feld rücken. Die Arbeiter haben als Staatsbürger und Steuerzahler das gleiche Recht an der Arbeit wie die Unternehmer. Die Gemeinde Hartenstein hat ein reges Interesse, daß die Einwohner gut verdienen. Abgesehen von der gegenwärtigen Verteuerung des Lebensunterhaltes kommt auch die Zukunft in Betracht. Sollte die hier bestehende Rüstungsindustrie nicht wieder auflieben, so wird durch die Arbeitslosigkeit ein Notstand unter den Einwohnern hervorgerufen. Dann ist die Gemeinde verpflichtet, für die in Not geratenen Einwohner Unterstützung zu gewähren. Wenn bei der Militärarbeit der richtige Tariflohn gezahlt wird, so haben die Leute Gelegenheit, sich einige Spargrößen zu erübrigen. Jetzt bereichern sich die Fabrikanten, und die Arbeiter werden mit zu wenig Lohn abgepeist. Bei einigermaßen gutem Willen läßt sich eine Verständigung herbeiführen und hoffe ich, daß die anwesenden Fabrikanten ihr Teil dazu beitragen. Darauf nahm der anwesende Bürgermeister das Wort: Die Wäschefragenindustrie, worin ein großer Teil der Einwohner beschäftigt war, liegt zertrümmert da. Um der Einwohnern Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sei er beim Ministerium in Dresden vorstellig gewesen. Durch sein Vermögen sei Militärarbeit nach Hartenstein gekommen, besonders in Kleidungsstücken. Wegen der Leberausstattungsstücke mache er den Vorschlag, die Unternehmer Baumann und Reismann sollen sich an die Aluminiumwerke in Lauter und Weierfeld wenden und versuchen, höhere Preise zu bekommen. Wenn diese ablehnen, mehr zu gewähren, dann solle der Gauleiter weitere Schritte unternehmen. Der Fabrikant Baumann sagte: Von dem Vorhandensein eines Reichstaxi-Vertrages in dieser Industrie habe ich bis jetzt keine Ahnung gehabt. Er wolle sich mit den Hauptunternehmern in Verbindung setzen. Man solle in Betracht ziehen, daß die Leberpreise bedeutend gestiegen seien. Viel verdiene er nicht an der Arbeit. (Wemekt sei hier, daß die Herren Baumann und Reismann der Stadt Hartenstein in den letzten Wochen einen Sprengwagen geschenkt haben.) Gauleiter Busch erklärte sich mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden, nachdem sich der Fabrikant Baumann verpflichtet, ihm Mitteilung zu machen von der Antwort der Hauptunternehmer.

Soziales.

Keine Teuerungszulage im Baugewerbe! Nachdem schon vor Monaten der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe seinen Mitgliedern verboten hatte, jedwede Teuerungszulage zu gewähren, ist nunmehr auch der formelle Antrag der an dem Tarifvertrag für das Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen um Gewährung einer Teuerungszulage unter allerlei nichtigen Vorwänden von der genannten Körperschaft abgelehnt worden. Unter anderem marschiert als „Grund“ der Ablehnung die Behauptung auf, daß durch eine Teuerungszulage die Tarifverträge ausgeschaltet würden. Im übrigen schlägt der Vorstand des Arbeitgeberbundes vor, der vorhandenen Notlage durch Mehrarbeit und Überstunden abzuwehren. Den in diesem Vorschlag liegenden Verstoß gegen den Tarif (da laut Vertrag die Normalarbeitszeit nicht über 10 Stunden täglich beträgt) findet der Vorstand jedenfalls unerheblich, nicht zu reden von der sozialen Rückständigkeit, die darin liegt, Überstunden und Mehrarbeit just zu einer Zeit den Arbeitern zugumuten, wo sowieso im Baugewerbe Krise herrscht und zumeist nur noch ältere, schwächliche und kränkliche Arbeiter vorhanden sind. Ja, die Herren vom Bau sind noch die Alten, sozialen Empfindungen gegenüber sind sie auch in solcher Zeit völlig immun.

Adressenänderungen.

Leipzig. Das Bureau der Ortsverwaltung und der Bauleitung befindet sich im „Vollshaus“, Zeißer Straße 32, Saalgebäude links I, Zimmer 8. Sprechstunden für Bauangelegenheiten wochentäglich von 10 bis 11 Uhr vormittags, für Ortsverwaltungsachen von 4/7 bis 8 Uhr abends.

Stuttgart. Die Wohnung des Gauleiters J. Jlg befindet sich ab 3. September in der Rheinstraße 110 111.

Halle a. S. Arbeitsnachweis bei Max Raute, Fleischerstr. 34, Hinterh. r. l.

Sterbetafel.

Den Geldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:
 Lorenz Niedermaier, München, 28 Jahre alt.
 Hans Hoffetter, München, 27 Jahre alt.

Eberfeld. Am 10. August verstarb unser Kollege Josef Daß im Alter von 62 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken.

Anzeigen

Für den Kummelbau!

Walzlöcher, Spannsformen für
Panzerbleche, Klappformen usw.

Ausführung jeder Art Holzteile für den
Heeresbedarf.

Georg Fisch, BERLIN N. 39
Chausseestr. 88

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63

Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franco.

Gute Militärsattler

finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei

Martin Mayer, Mainz, Gonsenheimer Str. 14.

Eine erfahrene Kraft zum

Ladieren von Lederhelmen

findet dauernde und lohnende Stellung.

Martin Mayer, Mainz, Gonsenheimer Str. 14.

Braunes und feldgraues Segeltuch

doppelt gewirnt, garngefärbt, imprägniert, weit unter Preis abzugeben.

SUNDHEIMER & STRUPP, Frankfurt a. M.